

Stresstest

für den Haushalt

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12468,84617,0,4>



VON STEFAN LANGE

politik@suedkurier.de

Berlin – Haushaltswochen im Bundestag sind etwas Besonderes. Der übliche politische Alltagsbetrieb ordnet sich unter, wenn über die finanzielle Ausstattung des Landes debattiert wird. Der Höhepunkt ist jedes Mal die Generaldebatte zur Wochenmitte. Eigentlicher Anlass ist der Etat des Kanzleramtes, doch in Wahrheit wird sie zur Abrechnung mit der Regierungspolitik genutzt. Kanzler Olaf Scholz und die Regierungsparteien SPD, Grüne sowie FDP müssen sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen auf heftige Kritik der Opposition einstellen.

„Wir stehen in der Bundesrepublik, in Europa und in der Welt in einer Bewährungsprobe, wie wir sie lange nicht mehr erlebt haben“, sagte Finanzstaatssekretär Florian Toncar bei der Vorstellung des finanziellen Spielraums der Ampel-Regierung. Der FDP-Politiker vertrat Finanzminister Christian Lindner, der wegen eines Trauerfalls fehlte. Toncar nannte die Energiekrise, den Ukraine-Krieg und die Coronapandemie, machte als „größtes aktuelles Problem“ jedoch die Inflation aus. Sie raube Menschen Planungssicherheit und gefährde den unternehmerischen Erfolg, sagte der Abgeordnete und verwies auf die drei Entlastungspakete, die ein Volumen von 95 Milliarden Euro haben sollen. So schätzt es die Regierung, die noch nicht sagen kann, wie sich diese Summe genau zusammensetzt und wie sie finanziert werden soll.

Für die Unionsfraktion ist die Sache deshalb klar. „Dieser Haushalt erfüllt auf den ersten Blick die Erwartungen. Auf den zweiten Blick hat er viele Unzulänglichkeiten“, sagte Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei. Mit einer geplanten Neuverschuldung von 17,2 Milliarden Euro könne Lindner zwar wie angekündigt 2023 die Schuldenbremse einhalten. Gleichzeitig verbräuche die Regierung aber 42,5 Milliarden aus der Flüchtlingsrücklage, die 58 Milliarden umfasse und eigentlich für viele Jahre geplant sei.

Der Haushaltsentwurf sieht für 2023 Ausgaben in Höhe von 445,2 Milliarden Euro vor. Das sind rund 50,6 Milliarden Euro oder 10,2 Prozent weniger als in diesem Jahr. Gleichzeitig rechnet Lindner neben den weiteren Einnahmen des Bundes mit Steuergeld in Höhe von 362,3 Milliarden Euro – gute zehn Prozent mehr als 2022. Die Union wirft Lindner vor, „von sehr optimistischen Wirtschaftswachstumswerten“ auszugehen. Das Steueraufkommen wird zu großen Teilen von der Wirtschaftslage bestimmt, deren Situation dürfte sich den Konjunkturprognosen zufolge aber eher noch verschlechtern und das wiederum würde die Steuereinnahmen drücken. Gleichzeitig steigen die